

Kanton soll bei jeder Fusion zahlen

LUZERN Die Regierung will Fusionen im ganzen Kanton vorantreiben – mit Beiträgen. Für die Starke Stadtregion soll der Kanton bis zu 50 Millionen investieren.

LUZIA MATTMANN
luzia.mattmann@luzernerzeitung.ch

Bis jetzt ist bei Gemeindefusionen Feilschen mit der Regierung angesagt: Meist ist lange unklar, wie viel und ob überhaupt die fusionswilligen Gemeinden vom Kanton ein «Heiratsgeschenk» in Form eines Fusionsbeitrages bekommen. Im Falle der Fusion von Littau und Luzern hatte das Volk den Fusionsbeitrag von 20 Millionen gar verweigert.

Pro Kopf maximal 3000 Franken

Das soll sich jetzt ändern: Im revidierten Finanzausgleichsgesetz soll der Fusionsbeitrag gesetzlich garantiert sein. Oder anders: Jede Gemeindefusion hätte Anspruch auf Kantonsgeld. Wie viel Geld fliesst, legt ein fixer Verteilschlüssel fest. Die Gemeinden haben Anrecht auf einen Pro-Kopf-Beitrag, der sich an der Gemeindegrösse orientiert: Kleine Gemeinden erhalten pro Kopf einen höheren Betrag als grössere. Ausserdem kann die Regierung einen Zusatzbeitrag beschliessen, der maximal 50 Prozent des Pro-Kopf-Beitrages ausmachen darf. Dieser Zusatzbeitrag orientiert sich an Kriterien wie der Schulden- und Lastensituation oder der Finanzkraft der fusionierten Gemeinden.

«Mit den neuen Regeln sollen die finanziellen Folgen der Fusionsprojekte berechenbarer werden», sagte gestern Finanzdirektor Marcel Schwerzmann an

einer Medienkonferenz in Hohenrain, an der er die entsprechende Vernehmlassungsvorlage vorstellte. Auch seine Regierungskollegen Yvonne Schärli und Guido Graf waren anwesend. Durch Fusionen auf Stadt und Land soll der Kanton als Ganzes gestärkt werden. «Wir wollen in der Champions League spielen und nicht in der Regionalliga», sagte Schwerzmann. «Aus den Einzelplayern der Agglomeration soll ein Team werden, das in der Liga von Basel, Bern und Genf mitspielt.»

Neben dem Fusionsbeitrag sollen die Gemeinden weiterhin von der Besitzstandswahrung im Finanzausgleich profitieren: Die fusionierte Gemeinde bekommt während einer bestimmten Zeit – im Moment noch während zehn Jahren – gleich viel Geld aus dem Finanzausgleich, wie die nicht fusionierten Einzelgemeinden bekämen.

Geld auch für Zusammenarbeit

Die geplante Fusion der Starken Stadtregion (Luzern, Emmen, Adligenswil, Ebikon und Kriens) würde nach dem neuen Modell je nach Zusatzbeitrag mit 33,4 bis 50,1 Millionen Franken des Kantons unterstützt, die Fusion in Sursee (Sursee, Mauensee, Geuensee, Knutwil) mit zwischen 7,4 und 11,1 Millionen (siehe Tabelle).

Finanziert werden sollen die Fusionen über einen Fonds: Darin befinden sich 2014 voraussichtlich 24,6 Millionen

Fusionsprojekte	Beitrag mind. in Mio. Fr.*	Beitrag max. in Mio. Fr.*
Luzern, Emmen, Kriens, Ebikon, Adligenswil	33,4	50,1
Sursee, Geuensee, Knutwil, Mauensee	7,4	11,1
Beromünster, Neudorf, Rickenbach, Pfeffikon	6,2	9,3
Pfaffnau, Roggliswil, Altbüron, Grossdietwil	4,5	6,7
Zell, Fischbach, Ufhusen	3	4,4
Wolhusen, Werthenstein	2,6	4
Escholzmatt, Marbach	1,9	2,9
Altishofen, Ebersecken	1	1,6
Schötz, Ohmstal	0,9	1,4

* falls Gesetzesänderung angenommen wird

Franken, dazu kämen 80 Millionen Franken aus dem Überschuss 2006 – Geld, das der Kanton zu diesem Zweck bereits beiseitegestellt hatte. Von den total 104,6 Millionen profitieren sollen nebst Fusionen auch Zusammenarbeitsprojekte von Gemeinden: Dort könnten bis 50 Prozent der Projektkosten übernommen werden. Auch die Sonderbeiträge für Gemeinden in finanziellen Notlagen würden aus diesem Fonds bezahlt. «Die kantonalen Beiträge an Gemeindefusionen sind strategische Investitionen. Wir können und wollen sie uns leisten», sagte Schwerzmann. Er glaubt, dass das bereits vorhandene Geld «sehr weit» reichen wird.

Die Rolle des Kantons bei Fusionen soll gleich bleiben: Die Gemeinden entscheiden selber, ob und mit welchen Nachbargemeinden sie fusionieren wollen. «Es braucht Geduld, Ausdauer und Wiederholungen für diesen Prozess», sagte etwa Justizdirektorin Yvonne Schärli. Doch seien die bisherigen Gemeindefusionen eine Erfolgsgeschichte. Bei den Gemeinden, die sich mit finanziell bessergestellten Gemeinden zusam-

mengeschlossen haben, konnten die Steuerfüsse zwischen 0,1 und 0,7 Steuereinheiten gesenkt werden. Im Kanton wurden bereits 12 Fusionsprojekte realisiert. Total wurden von 34,4 Millionen Franken Fusionsbeiträgen gesprochen.

Das Volk hat das letzte Wort

In ihrer ersten Version vor vier Jahren ist eine ähnliche Botschaft vom Parlament abgelehnt worden: Damals war vorgesehen, die 80 Millionen vor allem in Fusionsprojekte in die Regionen Luzern und Sursee zu stecken. Kooperationsprojekte und die Landschaft wären leer ausgegangen.

Die Vernehmlassungsfrist der Vorlage läuft bis zum 6. Juli. Im ersten Semester 2012 soll die Vorlage im Kantonsrat beraten werden. Anschliessend wird die Volksabstimmung durchgeführt. Die Gesetzesänderung soll 2013 in Kraft treten.



Die Vernehmlassungsbotschaft finden Sie unter www.luzernerzeitung.ch/bonus

Fraktionen: Erste Reaktion positiv

CVP: Fraktionschef Bruno Schmid begrüsst die Transparenz bei der Finanzierung der Fusions- und Kooperationsprojekte. Um Mehrheiten für diese Botschaft zu finden, braucht es eine verlässliche und vertrauenswürdige Regierung, insbesondere für die Landschaft.

FDP: Grundsätzlich ist Fraktionschef Rolf Born mit der Stossrichtung der Vorlage einverstanden. Diskutiert werden müsse, ob die Fusionsbeiträge nebst der Pro-Kopf-Berechnung an Bedingungen geknüpft sein sollen: so etwa Nachhaltigkeit oder Mehrwert für die Bevölkerung.

SVP: Für Fraktionschef Guido Müller würden die bevölkerungsstarken Agglo-Gemeinden mit den Pro-Kopf Beiträgen überproportional ausfinanziert. Die SVP setze sich gegen Grössfusionen ein.

SP: Laut Fraktionschefin Silvana Beeler Gehrer begrüsst die SP einheitliche, berechenbare und für alle Gemeinden gültige Fusionsbeiträge. Es dürfe aber keine offensichtliche Bevorteilung von Stadt oder Land geben.

Grüne: Die Grünen beurteilen die Vernehmlassungsvorlage laut Fraktionschef Nino Froelicher als richtig. Je klarer sie die Beiträge abschätzen könnten, desto zielgerichteter könnten sie in die Verhandlungen treten.

LM